

Themen in dieser Ausgabe:

1. SPD sieht 2007 als „Jahr der Entscheidungen“ im Stadtrat

2. Ratssitzung am 31.1.2007

3. Kinder — Jugend

- SPD-Ratsfraktion begrüßt die Initiativen der Bundespartei zur Verbesserung der Kinderbetreuung

4. Schule

- Gebührenstaffel bei der OGS sozial gerechter gestalten

5. Soziales

- SPD-Fraktion begrüßt Eckpunkte für ein städtisches Integrationskonzept
- Modellprojekt zur Heroinabgabe

6. Verkehr und Planung

- Nahverkehrskonzept
- Anbindung Bonns an den Rhein-Ruhr-Express
- Weniger ist sicherer!
- Änderung der Gemeindeordnung: Drohen drastische Erhöhungen der Fahrpreise?

7. Wirtschaft

- Zur aktuellen Diskussion um Haribo - Arbeitsplätze in der Region erhalten

8. Umwelt

- Zur Diskussion einer evtl. Erweiterung der MVA in Bonn
- Einladung zu einer Infoveranstaltung in der MVA
- Bonn - die Stadt des Klimaschutzes
- Stadt Bonn fördert Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie

9. Sport

- SPD und CDU beantragen Prioritätenliste zur Sanierung der Bonner Sportplätze

10. Sebastian-Dani-Medaille

11. Spenden nach der Ehrenordnung

12. Neujahrsempfang der SPD-Ratsfrauen und der AsF

13. Stadthausgespräch der SPD-Fraktion

14. Praktikum in der SPD-Fraktion

1. SPD sieht 2007 als "Jahr der Entscheidungen" im Stadtrat

Als "Jahr der Entscheidungen" sieht die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn das Jahr 2007.

"Wichtige Entscheidungen stehen an; zu viel ist 2006 im Stadtrat liegen geblieben. Wir wollen zügig an die Arbeit gehen - und das heißt auch: zu entscheiden", so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. In der Ratssitzung am 31.1.2007 sind die ersten Entscheidungen zur Stärkung der Innenstadt gefallen: Mehr Einzelhandel in der Bonner City, Haus der Bildung, Bäder, Bahnhof, wirtschaftliche Nutzung der Denkmäler. Damit ist endlich der Knoten zer schlagen, der bislang alle großen Entwicklungen in der City verhindert hat. Nun wird Bewegung in die Stadtent-

wicklung kommen.

Unverändert hohen Stellenwert genießt die Familienförderung. Wilfried Klein: "Wir wollen in 2007 den Einstieg in den systematischen Ausbau der Schulkinderbetreuung in der Sekundarstufe I, so wie wir dies mit der Offenen Ganztagschule (OGS) an den Grundschulen erfolgreich getan haben. Die Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 wird mit großer Anstrengung fortgesetzt werden.

Darüber hinaus hat sich die SPD-Ratsfraktion für 2007 vorgenommen, Entscheidungen für weitere Nachbarschaftszentren und zur Modernisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs vorzubereiten und zu treffen. Klein weiter: "Wir sollten nicht vergessen, dass in 2007

zwei weitere ganz wichtige Aufgaben anstehen - die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2008/2009 und zwei bzw. drei Personalentscheidungen von erheblicher Reichweite: Die Wahl eines Planungsdezernenten oder einer -dezernentin, die Nachfolgeentscheidung für Stadtdirektor Hübner, der leider aufhört, und die Neuregelung zum Familiendezernat. Hier wollen wir transparente Verfahren, die möglichst hohe Qualität bei den Nachfolgern ermöglichen. Also - es steht in 2007 viel zur Entscheidung an".



2. Ratssitzung am 31. Januar 2007

Der Rat hatte eine große Tagesordnung zu bewältigen. Hauptpunkte waren: Das Haus der Bildung und das Bäderkonzept. SPD und CDU haben sich darauf geeinigt, dass das "Haus der Bildung" im Alten Stadthaus am Bottlerplatz, im Zentrum unserer Stadt, untergebracht werden soll. Dieser Ratsbeschluss beinhaltet aber

erforderliche Erweiterungsbauten in Richtung Windeckbunker. Mitbeschlossen wurde das Bäderkonzept der Verwaltung. Das heißt, das Viktoriakarree wird für eine Neunutzung freigemacht. Die Einigung der beiden Fraktionen umfasst auch das weitere Vorgehen am Bahnhof. Hier sollen, unabhängig von der Südüberbauung, die

nächsten Schritte geplant und beschlossen werden.

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU:

1. Das "Haus der Bildung" wird in den Räumlichkeiten der städtischen Liegenschaften am Bottlerplatz (Altes Stadthaus) realisiert.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Das "Haus der Bildung" soll die Stadtbibliothek, die Volkshochschule, das Stadtmuseum, die Gedenkstätte und das Medienzentrum der Stadt Bonn unter einem Dach vereinen. Zur räumlichen Unterbringung der Einrichtungen sind ggf. Erweiterungsbauten vorzusehen. Hierzu muss ein beschränkter Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Die Liegenschaften, die zurzeit von der VHS an der Wilhelmstraße genutzt werden, werden einer Vermarktung zugeführt.

2. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Bäderkonzept ([0612717](http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/hm/06/0611268AA21.htm)) wird beschlossen. Die städtischen Flächen im "Viktoriaarree" werden, sobald es einen Investor mit einem entsprechenden Nutzungsvorschlag gibt, unter Beachtung der gemeindeverfassungsrechtlichen Vorgaben vermarktet. Die Nachfolgenutzung der Fläche soll so beschaffen sein, dass sie die

Attraktivität der Bonner City stärkt. Der Betrieb des Viktoriabades ist bis zur Fertigstellung des Frankenbades sicherzustellen.

3. Die Bebauung der städtischen Fläche zwischen Bottlerplatz und Florentiusgraben/"Kleiner Laden" ("Windeckareal") wird geprüft. Die Bebauung kann der Erweiterung nach Punkt 1 dienen oder der Arrondierung des Einzelhandels in der City.

4. Nach der Vorlage, Beratung und Verabschiedung des Verkehrskonzeptes für das Areal am Bahnhof werden die Entscheidungen über die Vermarktung und Bebauung der ersten Baufelder am Bahnhof getroffen. Diese Entscheidungen erfolgen unabhängig von der Zukunft der

"Südüberbauung". Für die Baufelder am Bahnhof ist vorrangig Einzelhandelsnutzung vorzusehen.

5. Im Rahmen der Realisierung der Punkte 1 und 2 legt die Verwaltung dar, wie alle städtischen Nutzungen räumlich untergebracht werden können.

Der Vorsitzende der SPD-

Fraktion, Wilfried Klein, machte deutlich, dass die SPD-Fraktion mit diesem Beschluss nicht alle ihre Vorstellungen durchsetzen konnte. Für die Fraktion galt es aber abzuwägen, ob sie sich am Maximum orientieren oder aber am Optimum, an dem, was möglich ist. Wilfried Klein: „Es wird mit dieser Lösung möglich, das „Haus der Bildung“ in neuen Räumen unterzubringen, die Bäder zu modernisieren und neue Flächen für den Einzelhandel in der City auszuweisen. Diese Lösung ist wahrscheinlich teurer und dauert in der Umsetzung wahrscheinlich auch länger. Aber eine Entscheidung musste jetzt getroffen werden. Für den Vorschlag der SPD gab es im Stadtrat keine Mehrheit, deshalb haben wir uns für die alternative Lösung am Bottlerplatz entschieden“.

Antrag von CDU und SPD:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/hm/06/0611268AA21.htm

Dazu weitere Infos unter:

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/html/12927/welcome.html>

3. Kinder - Jugend

SPD-Ratsfraktion begrüßt die Initiativen der Bundespartei zur Verbesserung der Kinderbetreuung

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Ernesto Harder, hat die Beschlüsse, die der SPD-Partei Vorstand am 07.01.2007 gefasst hat, begrüßt: „Wir sind froh, dass, neben den Initiativen, die wir auf kommunaler Ebene in Bonn gestartet haben, auch im Bund die Weichen für eine Verbesserung der Kinderbetreuung gestellt werden. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab dem ersten Lebensjahr geht genau in die richtige Richtung. Der besondere Einsatz unserer Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann trägt nun Früchte. Das, was in Bonn zusammen mit der Oberbürgermeisterin an

Verbesserungen beschlossen und zum großen Teil schon umgesetzt ist, beeinflusst die Bundespolitik positiv im Sinne einer besseren Familienförderung“.

Für Ernesto Harder ist eine bedarfsorientierte Deckung von Kinder-Betreuungsangeboten in allen Facetten sehr wichtig. Das sind unter anderem: **Weitere U-3-Plätze, mehr Ganztagsplätze und die Ausweitung von Blocköffnungszeiten in Kindergärten sowie der bedarfsgerechte Ausbau von OGS-Plätzen in den Grundschulen und im Bereich der Sekundarstufe I.**

Ernesto Harder, der auch stellvertretender Bonner SPD-Unterbezirksvorsitzender ist, betont, dass der Parteivorstand diesem Ansinnen entgegen kommt und macht die Verantwortung der Bundesebene deutlich: „Für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsplätze brauchen die Kommunen die Unterstützung von Land und Bund.

Für die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ist dies ebenfalls notwendig. Schließlich kommt mit dem Rechtsanspruch die Kostenfreiheit für Kinderbetreuung. Dies können die Kommunen ohne Bundes- und Länderunterstützung aber nicht leisten. Wir schaffen in Bonn schon heute deutlich mehr Plätze zur Kinderbetreuung als andere Städte in der Bundesrepublik. Bald werden 20 % der Bonner Kinder einen U3-Platz haben, über 40 % haben einen Platz an einer Kindertagesstätte und zur OGS gehen 44 % unserer Kinder“.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 7.1.07

unter:
<http://www.spd.de/menu/1700905/>



4. Schule

Gebührenstaffel bei der OGS sozial gerechter gestalten

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn möchte die Gebührensatzung der Offenen Ganztagschule (OGS) sozial gerechter gestalten.

Mit dem Antrag der SPD-Fraktion soll eine Entlastung für die Eltern der unteren Einkommensgruppen erreicht werden. „Kinder müssen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, die Chance haben, in der OGS betreut und gefördert zu werden“, betont der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ernesto Harder. Bislang ist in der OGS-Satzung

eine Gebührenstaffelung von 10 € - 40 € - 80 € - 100 € festgelegt. Die Sprünge bei den Gebühren sollten nach Aussagen der schulpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Gieslint Grenz, weniger groß und damit sozial gerechter ausfallen. Deshalb fordere die SPD-Fraktion eine neue sozialverträgliche und ausgewogene Gebührenstaffelung. „Wir wollen eine Staffelung von 10 € - 30 € - 50 € - 70 € - 100 €. Dadurch werden viele Familien bei den Kinderbetreuungskosten entlastet“, so Gieslint Grenz. Diese Initiative der SPD ist eingebettet in ein Gesamtkonzept, mit dem Ziel, Bonn weiter zur familienfreundlichsten Stadt auszubauen.

Dazu zählen u. a. die Schaffung ausreichender U-3-Betreuung, bedarfsgerechte Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze, Betreuung und Förderung von Schulkindern in der Grundschule und an den weiterführenden Schulen (OGS), sanierte und zeitgerecht ausgestattete Schulgebäude, Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen und vieles mehr.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710074.htm

Stellungnahme der Verwaltung: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710074ST2.htm

5. Soziales und Integration

SPD-Fraktion begrüßt Eckpunkte für ein städtisches Integrationskonzept

Adi Eickhoff, Sprecher der SPD-Fraktion im Integrationsrat, und die Vorsitzende des Sozialausschusses, Barbara Ingenkamp, begrüßen, dass die Verwaltung jetzt, wie versprochen, Eckpunkte zu einem umfassenden Integrationskonzept für die Stadt Bonn vorgelegt hat. Das Verwaltungskonzept hat weitgehend die gleichen Ziele und Handlungsfelder wie das Integrationskonzept der SPD, das im Oktober in einem Stadthausgespräch von der SPD vorgestellt wurde. Integration wird als eine Querschnittsaufgabe aller Ämter gesehen. Daher waren diese auch am Entwurf der Eckpunkte beteiligt.

„Ich halte es für wichtig, dass die Verbände, freien Träger, Migrationsdienste, Migrantenorganisationen und das Netzwerk Migranet das Eckpunkte-Papier erhalten, um Anregungen und Bedenken mitzuteilen. Damit werden die Forderungen nach Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit am endgültigen Konzept erfüllt“, so Barbara

Ingenkamp. Im Frühjahr 2007 soll dann eine erste Integrationskonferenz durchgeführt werden. Wichtig ist für die Vorsitzende des Sozialausschusses die vorgeschlagene Einrichtung eines Rates der Religionen, in dem alle relevanten Religionsgemeinschaften vertreten sind, wie auch die ständige Einrichtung eines Runden Tisches mit Migrantenorganisationen, bei dem zentrale Fragen der Integration besprochen werden sollen. Zu den Zielgruppen, für die ein besonderer Handlungsbedarf besteht, zählt die Verwaltung neben Kindern, Jugendlichen, Frauen und Mädchen, Älteren, Auswanderinnen und Auswanderern auch die Gruppe der Menschen ohne Papiere. „Das ist für mich“, so Barbara Ingenkamp, „ein weiterer Garant, dass dieses Integrationskonzept Erfolg haben wird“.

Eckpunkte unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710070NV3.htm

Die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Integration in Bonn - Grundsätze und Handlungsbedarf: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/meldungen/5322/30136.html>

Heroin-Modellprojekt

In der Ratsitzung im Dezember hatte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn einen Dringlichkeitsantrag zur Fortsetzung des Bonner Heroinmodellprojektes eingebracht, aus dem ein gemeinsamer SPD/CDU-Antrag wurde.

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613277.htm
Änderungsantrag von SPD und CDU: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613277AA3.htm
Mitteilungsvorlage der Verwaltung http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613277NV5.htm

Die Patienten des deutschen Projekts, auch die Bonner Patienten, werden noch bis zum 30. Juni 2007 weiter mit Diamorphin, einem synthetischen Heroin, behandelt. Für eine geregelte Weiterbehandlung der Patienten in Deutschland ist es dringend erforderlich, in den nächsten Monaten eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu starten. Bisher lehnen die CDU/CSU auf Bundesebene dies ab und blockieren eine entsprechende Gesetzesinitiative der Bundesregierung.

6. Verkehr / Planung

Antrag zum Nahverkehrskonzept

In dem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der weiteren Vorbereitungen für die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplanes 2008-2012 eine enge Abstimmung mit dem Rhein-Sieg-Kreis vorzunehmen. Ziel sollte sein, einen gemeinsamen Nahverkehrsplan für die Region Bonn und Rhein-Sieg-Kreis zu erstellen. Das muss in enger Zusammenarbeit mit den Nahverkehrsträgern erfolgen. Dabei sind folgende Ziele zu berücksichtigen:

Es sind Parallelverkehre abzubauen, insbesondere die aus der Region in die Stadt Bonn einfahrenden Busse, die parallel zu Eisenbahn-, Stadtbahn- und Straßenbahnlinien sowie leistungsfähigen innerstädtischen Buslinien verlaufen.

Das Busnetz ist dahingehend wirtschaftlich zu optimieren, dass eine Konzentration auf Hauptachsen mit Gelenkbus-Bedienung erfolgt und zu diesen Hauptachsen Zubringerverkehr mit zweiachsigen Bussen vorgesehen wird.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613168.htm

Beschlussvorlage der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613168NV6.htm

Weniger ist sicherer!

"Mehr Mut zu weniger Verkehrszeichen", fordert Werner Esser, stellvertretender Vorsitzender und Planungssprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

Verkehrsexperten sind der Auffassung, dass 1/3 aller Verkehrsschilder unnötig sei.

Aufgrund der SPD-Initiative aus dem Jahre 2003 habe die Verwaltung in regelmäßigen örtlichen Verkehrsschauen eine Vielzahl unnötiger Schilder abgebaut. Allerdings sei eine weitere deutliche Lichtung des Schilderwaldes erforderlich. „Wir werden nicht locker lassen“, verspricht Werner Esser.



Anbindung Bonns an den Rhein-Ruhr-Express

Hinsichtlich der Anbindung an den „Rhein-Ruhr-Express“ wird die Verwaltung gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr, eine erste Einschätzung zu den Planungen abzugeben und insbesondere die Fragen nach einer Anbindung Bonns über den Flughafen hinaus und die Frage der Bedienung der linken Rheinseite im Rahmen einer Einschätzung zu klären.

Mittlerweile gibt es ein Kurzgutachten zum Rhein-Ruhr-Express. Dort wird die Aufnahme der S 13 ausdrücklich begrüßt.

Die Frage der künftigen Anbindung Bonns an das neue Landesnetz ist jedoch nicht geklärt.

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613438.htm

Beschlussvorlage der Verwaltung: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613438NV6.htm

Stellungnahme der Verwaltung

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613438ST2.htm

Antrag:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613359.htm

Stellungnahme der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613359ST2.htm

Beschlussvorlage: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613359NV3.htm

Pressemitteilung unter:

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/meldungen/11625/40046.html>

Änderung der Gemeindeordnung: Drohen drastische Erhöhungen der Fahrpreise ?

Der Paragraph 107 der Gemeindeordnung ist eine Vorschrift, die gemeinhin nur Fachleute interessiert. Sie regelt, unter welchen Voraussetzungen die Stadtwerke sich am Markt betätigen können. Die Landesregierung plant eine Änderung mit fatalen Folgen.

Werner Esser, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Bisher konnten die Stadtwerke in Bereichen tätig werden, in denen sie Gewinne erzielen konnten. Diese Möglichkeit will die Landesregierung massiv beschränken.“

Aus den Gewinnen konnte bisher das Defizit bei Bus und Bahn, aktuell bei ca. 34 Millionen €, zumindest teilweise ausgeglichen werden. Die Landesregierung aus CDU/FDP plant den Kahlschlag. Auf der einen Seite streicht sie die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und auf der anderen Seite beschnei-

det sie die Möglichkeit der Stadtwerke, Geld zu verdienen. Wenn in Düsseldorf kein Einhalt geboten wird, werden wir auf Dauer jeden dritten Bus streichen oder die Fahrpreise drastisch erhöhen müssen. Die Landesregierung hat bereits die so genannten Regionalisierungsmittel nicht ausgeglichen, obwohl sie Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer haben wird. Aus diesen Mitteln wird der Schienennahverkehr gefördert, z.B. die Züge zwischen Köln und Bonn“.

Esser befürchtet, dass es 2008 zu der Situation kommen könnte, dass im VRS Züge gestrichen werden müssen, die dringend gebraucht werden. Hier werde eine Verbeugung an den Koalitionspartner FDP gemacht, die fatale Folgen für NRW haben werde.

7. Wirtschaft

Zur aktuellen Diskussion um HARIBO - Arbeitsplätze in der Region halten

Gewerbliche Standflächen im Stadtgebiet Bonn sorgen immer wieder für Diskussionsbedarf, so jetzt auch wieder im Falle Haribo. Dies ist aus Sicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Martin Schilling, auch nicht verwunderlich. "Seit Jahren gibt es Probleme für das expandierende Unternehmen, seine Produktion den ökonomischen Erfordernissen anzupassen", so Schilling. "Natürlich muss eine Stadt alles tun, um auch zukünftig HARIBO die Produktion in Bonn zu ermöglichen. Ein Weltunternehmen wie HARIBO hat verständlicherweise aber auch Anforderungen an Betriebszeiten und Anfahrtswege, die in einem innerstädtischen Wohnbereich nur schwer erfüllbar sind.

Dass man dort nach Lösungen sucht, die im Umland vielleicht besser zu realisieren sind, ist nur verständlich. Egal, welche Entscheidung das Unternehmen fällt: HARIBO wird immer mit dem Standort Bonn in Verbindung gebracht werden, dies haben die Firmeninhaber bei vielen Gelegenheiten betont. Entscheidend ist, dass die Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Potenz der Region erhalten bleiben. Wer hier versucht, aus parteipolitischen Interessen Kirchturmspolitik zu betreiben, wird am Ende vor einem Scherbenhaufen stehen".

Die SPD-Fraktion will deshalb ein regionales Konzept auf den Weg bringen, in dem gerade im Bereich der gewerblichen Industrie die vorhandenen Potenziale besser genutzt und neben der Sicherung von Standorten auch die Chancen für Neuansiedlungen und -gründungen verbessert werden.

Große Anfrage der SPD-Fraktion zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710333.htm

8. Umwelt

Zur Diskussion einer eventuellen Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Bonn

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn möchte eine Erhöhung des Anteils der Eigenproduktion an der Energie, um damit auch die Abhängigkeit von den großen Stromkonzernen zu reduzieren. Daher will die SPD-Fraktion mit einer Machbarkeitsstudie unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten eine mögliche Erweiterung der Bonner Müllverbrennungsanlage (MVA) prüfen lassen.

Neben der Prüfung einer eventuellen Erweiterung der MVA fordert die SPD weitere Maßnahmen für eine zukunftsorientierte umwelt- und klimaschonende Energiewirtschaft. Dazu gehören u.a. auch die Beschleunigung der Planungen der Biomassekraftwerke und ein Programm für mehr Energieeffizienz, denn für uns gehört die mögliche Erweiterung in das Gesamtpaket einer nachhaltigen Energiepolitik in Bonn.

Weitere Informationen zur Position der SPD-Fraktion unter: http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12367_20061129105913.pdf

Einladung

Am 22.2.2007, um 19.00 Uhr, lädt die SPD-Bonn-Endenich/Weststadt, zusammen mit der SPD-Fraktion, zu einem Informationsgespräch in die MVA Bonn ein.

Vor der Veranstaltung besteht für Interessierte die Gelegenheit, um 18.00 Uhr die Anlage zu besichtigen.

Neben dem Ortsvereinsvorsitzenden Bonn Endenich/Weststadt, Sascha Krieger, nehmen Wolfgang Hürter, Prof. Dr. Hermann Zemlin und der Betriebsleiter Manfred Becker teil.

Das Bürgergespräch findet im Besprechungsraum in der Müllverwertungsanlage Bonn, Immenburgstr. 22/Am Dickobskreuz, 53121 Bonn, statt. (Eingang: Am Dickobskreuz)

Zur besseren Koordinierung bitten wir Interessierte an der Führung, sich anzumelden und zwar per Email: Sascha.Krieger@spd-online.de oder Telefon 0163/5679571

Stadt Bonn fördert Anlagen zur Nutzung der Sonnenwärme

Ab 1.01.2007 fördert die Stadt Bonn solarthermische Anlagen zur Trinkwassererwärmung und Kombianlagen mit Heizungsunterstützung. Das Förderprogramm ist auf 5 Jahre angelegt und jährlich mit 100.000€ ausgestattet.

Beschlussvorlage im Rat

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0613077.htm

Mehr Informationen unter: http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/umweltschutz/klimaschutz_und_energie/regenerative_energien/04588/index.html?lang=de

Stadtwerke Bonn: http://www.stadtwerke-bonn.de/Regenerative_Energien.681.0.html

8. Umwelt - Fortsetzung

Bonn - die Stadt des Klimaschutzes

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat seit Jahren den Klimaschutz als vordringlichstes Ziel auch für kommunales Handeln erkannt. Jüngste Nachrichten aus Paris von der internationalen Umweltkonferenz bestätigen uns in unserer Haltung. Die durchgehende Forderung lautet: Die Industrienationen müssen dringend den CO₂-Ausstoß verringern. Allen Beteiligten ist klar, dass die Klimakatastrophe nicht mehr aufzuhalten ist, wenn keine politischen Konsequenzen gezogen werden.

Wolfgang Hürter, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „Dafür muss, insbesondere bei den Menschen in den Industrienationen, das Umweltbewusstsein geschärft werden. Umweltschutz muss im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger präsent sein“. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass sich Bonn den Ruf einer umweltfreundlichen Stadt erworben hat, nicht zuletzt aufgrund des politischen Engagements der SPD-Fraktion und der Oberbürgermeisterin. So wurden in der Ratsperiode 1994 – 1999 beispielsweise Beschlüsse zur kostengerechten Vergütung regenerativer Energien, zum Beitritt zum Klimabündnis, zur umweltgerechten Beschaffung und zur PVC-Vermeidung gefasst. Aufbauend auf diesen erfolgreichen Maßnahmen muss weiter intensiv gearbeitet werden. Hürter: "Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Die Entwicklung bleibt nicht stehen. Es gilt, neue Technologien zu nutzen".

Die SPD-Fraktion hat in ihrer Fraktionssitzung am 5.2.2007 einen Antrag auf den Weg gebracht, in dem die Stadt aufgefordert wird, ihre Bemühungen zur Reduktion klimaschädlicher Gase zu verstärken.

So sollen in enger Kooperation mit den Stadtwerken Maßnahmen eingeleitet bzw. forciert werden wie
- Bezug von Öko-Strom für die städtischen Liegenschaften,

- Erhöhung des Eigenstromanteils der Stadtwerke aus regenerativer bzw. klimaneutraler Stromerzeugung,
- weitere Förderung der Fotovoltaik auf städtischen Gebäuden sowie auf privatem Sektor.

Handlungsbedarf sieht die SPD-Fraktion in der Beschleunigung der Planung für den Bau der Bio-Kraftwerke durch die Stadtwerke, der Forcierung der Wärmedämmung städtischer Gebäude, der Förderung von Solarthermie, Geothermie und Wärmepumpen.

Im Bereich Verkehr sollten die vorhandenen Fahrzeuge auf Erdgas umgestellt, emissionsarme Fahrzeuge nach dem neuesten Stand der Technik beschafft und eine Selbstverpflichtung bis 2012 eingegangen werden, nur noch Fahrzeuge zu kaufen, die im Durchschnitt nicht mehr als 120g CO₂/km emittieren. Außerdem sollte die Förderung des Fahrradverkehrs und des Umweltverbundes intensiviert werden. Diese Forderungen können nur umgesetzt werden, so Wolfgang Hürter, wenn die Stadt intensiv für Klimaschutzmaßnahmen wirbt. Für Bonn, mit dem Sitz des UN-Klimasekretariats sowie seiner internationalen Reputation als Stadt des Umweltschutzes, sind die besonderen Anstrengungen, den Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen, auch ein Standortfaktor.

Antrag unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/07/0710332.htm

9. Sport

SPD und CDU beantragen Prioritätenliste zur Sanierung der Bonner Sportplätze

Die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Bonn haben für die Sitzung des Sportausschusses am 15.03.2007 beantragt, dass die Verwaltung bis zur Sommerpause eine Prioritätenliste zur Sanierung der Bonner Sportplätze vorlegt.

Die sportpolitischen Sprecher von CDU und SPD, Dieter Steffens und Dr. Uwe Naß, verweisen auf die guten Erfahrungen, die die Stadt Solingen bei der Sanierung ihrer Sportplätze mit den Kunstrasenplätzen gemacht hat.

„Die guten Erfahrungen mit den Kunstrasenplätzen haben uns davon überzeugt, diesen Belag nun auch auf den Bonner Sportplätzen einzusetzen“, so der SPD-Sportpolitiker Dr. Naß.

Jetzt sei es wichtig, dass die Stadt für die

Sanierung der Bonner Sportplätze eine Prioritätenliste erstelle, damit nicht in jeder Sportausschusssitzung immer wieder neu über die Notwendigkeit eines einzelnen Sportplatzes diskutiert werden muss.

„CDU und SPD möchten vermeiden, dass der, der am lautesten ruft, am schnellsten bedient wird. Damit öffnen wir dem Kirchturmdenken Tür und Tor“, so der sportpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dieter Steffens.

Die positiven Erfahrungen mit einer Prioritätenliste, wie sie bei der Schulsanierung zur Zufriedenheit aller Beteiligten gemacht wurden, zeigen, dass dies der am besten zu beschreitende Weg ist.

Antrag unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/07/0710330.htm

10. Sebastian-Dani-Medaille — Vorschläge und Bewerbungen für 2007 einreichen

"Wir müssen helfen und nicht Akten anlegen". Dies war ein häufiges Zitat von Sebastian Dani und das Motto seiner Arbeit in den 18 Jahren seiner Amtszeit als Stadtdirektor von 1946 bis 1964, dem er sich immer verpflichtet gefühlt hat. Im Krieg von den Nazis verfolgt, war er nach dem Krieg und in den Jahren des Wiederaufbaus für den gesamten Sozialbereich verantwortlich.

In Erinnerung an diesen sozialdemokratischen Bonner Stadtdirektor hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn die "Sebastian-Dani-Medaille" gestiftet. Sie wird jährlich für konkrete unbürokratische Hilfeleistung vergeben. Zu der Medaille gibt es noch ein kleines Geldgeschenk.

Neue Vorschläge für 2007 werden von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn entgegengenommen.

Für den Preis können Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen vorgeschlagen werden. Wer Nachbarn, Freunde oder andere Personen kennt, die sich unbürokratisch für andere Menschen eingesetzt haben, möchte sich mit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn in Verbindung setzen. Dieses Jahr erfolgt die Preisverleihung am 6.7.2007.

Vorschläge bitte per E-Mail, Fax oder Brief an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn.



E-Mail:

spd.ratsfraktion@bonn.de, Fax: 0228/658220. Eine unabhängige Jury wird aus den Vorschlägen auswählen.

Informationen zur Sebastian-Dani-Medaille unter:

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/html/6091/welcome.html>

11. Spenden nach Ehrenordnung des Rates — SPD-Ratsfraktion vergibt € 14.835 an gemeinnützige Vereine

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn haben auch im Jahr 2006 wieder Teile ihrer Aufwandsentschädigungen nach der Bonner Ehrenordnung gespendet.

Im Jahr 2006 sind insgesamt € 14.835,79 vergeben worden, die vor allem Träger- und Fördervereine von OGS-Schulen zugute gekommen sind. € 6.800,00 sind hierfür an 17 Bonner Grundschulen verteilt worden. Aber auch soziale Einrichtungen wie die AWO Bonn, Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf durften sich über einen Spendenscheck freuen. Weiterhin bedacht wurden die Kindertagesstätte des VFG in der Kleinfeldstraße in Hoholz, das Frauenhaus, der Verein Mädchenhaus, die AIDS-Hilfe, pro familia und das Internationale Frauenzentrum. „Mit diesen Geldern hoffen wir, die gemeinnützigen Vereine in unserer Stadt bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Ohne diese Vereine sähe unsere Stadt sehr arm aus,“ so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

Die Gesamtliste der berücksichtigten Vereine :
Kita VFG 300,00 €, Mädchenhaus Bonn e. V. 300,00 €, AWO Beuel 500,00 €, Bezirks-Verband der Kehlkopflösen 200,00 €, AWO Bonn Stadt 500,00 €, Schwulen u. Lesbenzentrum 300,00 €, AWO Duisdorf 300,00 €,



Förderkreis für Tumor- und Leukämieerkrankte Kinder e.V. 334,10 €, AWO Bad Godesberg 500,00 €, OGS Josephschule 400,00 €, Frauenhaus 505,90 €, OGS Stiftsschule 400,00 €, profamilia 204,70 €, OGS Waldschule 400,00 €, Bonner Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus – An der Synagoge e. V. 299,59 €, OGS Rochusschule 400,00 €, Jugendforum Auerberg 305,00 €, OGS Robert-Koch-Schule 400,00 €, Aids im Kindesalter e. V. 249,40 €, OGS Nordschule 400,00 €, Aids Initiative 196,40 €, OGS Matthias Claudius-Schule 400,00 €, Mittwochstreff 300,00 €,

OGS Michaelschule Innenstadt 400,00 €, Internationales Frauenzentrum 220,70 €, OGS Bodelschwingschule 400,00 €, Ausbildung statt Abschiebung 300,00 €, OGS Bernhardschule 400,00 €, Palliativstation des Malteserkrankenhauses 400,00 €, OGS Montessorischule 400,00 €, Förderverein Pauke 300,00 €, OGS Beethovenschule 400,00 €, Nicaragua Hilfe 400,00 €, OGS Nikolausschule 400,00 €, Aids-Hilfe Bonn 200,00 €, OGS Lyngsbergschule 400,00 €, Hilfe für psychisch Kranke e. V. 250,00 €, OGS Clemens-August-Schule 400,00 €, Circusschule Corelli e. V. 200,00 €, OGS Michaelschule AKO Pro 400,00 €, Förderverein städt. Kita Montessori-Allee 250,00 €, OGS Marienschule 400,00 €, Internationales Zentrum der AWO Bonn 220,00 € .

12. Neujahrs-Empfang der SPD-Ratsfrauen und der AsF

Politisches Frauenfrühstück der Ratsfraktion und der AsF

Viele Frauen waren zum politischen Neujahrsfrühstück der AsF und der SPD-Ratsfraktion gekommen. Seit 20 Jahren findet der gemeinsame Empfang der SPD-Ratsfrauen und der AsF statt. Auch Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann war gekommen und begrüßte die Frauen. Das Thema des Frauenfrühstückes war „Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf – Erfahrungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt“. Gastrednerin war die Bonner Landtagsabgeordnete Renate Hendricks. Selbst Mutter von 5 Kindern, wusste sie, wovon sie sprach. Moderiert wurde die Veranstaltung von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Erika Coché.



Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Themen: Wie lassen sich Kindererziehung und volle Berufstätigkeit besser miteinander vereinbaren? Wie organisieren Frauen am besten ihre Kinderbetreuung? Wie können sie darin unterstützt werden?

Deutlich wurde, dass Frauen, trotz aller Fortschritte, immer noch mit vielen Problemen zu kämpfen haben. Positiv vermerkten die Gesprächspartnerinnen das vielseitige Engagement in den letzten Jahren seitens der Stadt Bonn oder auch des Bundes zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Ganztagsbetreuung.

13. Stadthausgespräch der SPD-Fraktion

„**Mittendrin in Bonn** – was macht eine lebendige Innenstadt aus?“

Zu diesem Thema lädt die SPD-Fraktion zum nächsten Stadthausgespräch ein. In der Innenstadt verbinden sich wirtschaftliche Aktivität und Lebensqualität. Wie kann diese Beziehung weiterentwickelt und ausgebaut werden?

Die Veranstaltung findet statt am

**Dienstag, dem 6. März 2007, um 19.30 Uhr,
Sitzungssaal I, Stadthaus,
53111 Bonn.**

Als GesprächspartnerInnen stehen zur Verfügung:

- Marianne **Brauckmann**, Leiterin der Stadtbibliothek Bonn
- Michael **Isselmann**, Leiter des Stadtplanungsamtes der Bundesstadt Bonn
- Martin **Schilling**, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion
- Wilfried **Schumacher**, Pfarrer am Bonner Münster und Stadtdechant
- Rüdiger **Van Dorp**, Vorsitzender des Bonner Einzelhandelsverbandes



14. Praktikum in der SPD-Fraktion

Kommunalpolitik - was ist das schon?
Vielleicht ist das gar nicht so uninteressant.

In der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn besteht die Möglichkeit – vornehmlich für Studentinnen und Studenten - ein **Praktikum** zu machen. Das Praktikum sollte ca. 3 Monate dauern.

Eine Vergütung gibt es leider nicht.

Selbstverständlich können sich auch Schülerinnen und Schüler für Schülerpraktika bewerben.

Bewerbungen bitte an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn oder per E-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Impressum: **Bonnews**, januar/februar 2007

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtratsfraktion, Ulla Lührs, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101,

Internet: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>, e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de,

